



Anfragen zum Plenum Zum Plenum am 01.04.2020 (ausgefallen) – Auszug aus Drucksache 18/7217 –

Frage Nummer 2

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Florian
Siekmann**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Hilfesuche zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus, zum Beispiel von Kommunen, europäischen Regionen oder EU-Mitgliedstaaten, sind bei ihr bisher eingegangen, welche konkreten Maßnahmen hat sie bisher in Reaktion auf diese Hilfesuche eingeleitet und warum hat die Staatsregierung nicht unmittelbar auf das Hilfesuch Italiens an alle EU-Mitgliedstaaten zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus (vgl. Beitrag von Maurizio Massari auf www.politico.eu vom 10.03.2020) reagiert?

Antwort der Staatskanzlei

Bayern hilft in der Corona-Krise selbstverständlich auch anderen. Aus dem schwer betroffenen Italien werden Patienten zur Intensivbehandlung aufgenommen. Am 29.03.2020 kamen die ersten Patienten in Bayern an. Die italienischen Patienten werden im Rahmen der Möglichkeiten auf Kliniken in Bayern verteilt.

Weitere Anfragen werden je nach verfügbarer Kapazität behandelt. Dazu gehört die Anfrage von französischer Seite, ob Aufnahmekapazitäten für französische Patienten bestünden. Auch Patienten aus Frankreich sollen aufgenommen werden.

An das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wurden Hilfsersuchen aus Italien, Bulgarien, Frankreich und Schottland zumeist auf fachlicher Arbeitsebene herangetragen. Diese betrafen insbesondere die Kontaktdaten von Herstellern von Schutzausrüstung und sonstiger medizinischer Ausrüstung. Den anfragenden Stellen konnte mit Anschriften von Verbänden von Medizintechnikherstellern auf Bundes- und Landesebene weitergeholfen werden. Auch gegenüber Tschechien wurden Bezugsquellen von Testmaterial und Ausrüstung vermittelt.

Im Hinblick auf das Hilfsersuchen des Ständigen Vertreters Italiens bei der EU, Maurizio Massari, ist anzumerken, dass sich dieses allgemein an alle EU-Mitgliedstaaten und damit an die Bundesrepublik Deutschland richtete.

